

Statement für die Hayek-Tage (Gebauer)

Der Gedanke, wissenschaftliche Experten regieren zu lassen, erscheint – auf den ersten Blick – verführerisch. Unsachliche Motivationen und fehlerhafte Methoden scheinen sich im Nichts aufzulösen. Das Reich der rationalen Entscheidungen und ein Leben voller überzeugender Begründungen rücken in greifbare Nähe.

Doch leider sind auch Wissenschaftler und Experten in erster Linie eines: Menschen. Und als solche sind sie fehlsam, können sie irren, zeigen sie Nerven, haben sie bisweilen sogar Emotionen. So erweist sich die Perspektive einer Expertenregierung auf den zweiten Blick weniger glückverheißend als auf den ersten. Bei einem dritten Blick wird die Aussicht sogar noch trüber.

Denn der dritte Blick fällt statt auf einen Traum auf die Realität: Experten und Politiker sind längst eine eigenwillige Machtsymbiose sui generis eingegangen. Der Politiker gibt eine ihm genehme Richtung vor, der Experte liefert eine wissenschaftliche Begründung dazu, der Politiker veröffentlicht sodann das Expertenvotum und erklärt es schließlich als „alternativlos“.

Fatal wird diese Liaison, wenn der Experte kraft eigenen Wissens an der politischen Richtung zu zweifeln beginnt. Anders als im reinen Wissenschaftsbetrieb kann er nun nicht einfach seine eigene These von gestern revidieren, falsifizieren oder revozieren. Er ist gebunden in seine politischen Kontexte. So versinkt die Suche nach der Wahrheit in der Welt zuletzt zu einer Verteidigung des politischen Willens im Staate.

Kraft Expertentums vermag der Wissenschaftler praktisch alles zu begründen, was politisch bestellt wird – auch das genaue Gegenteil. Das Publikum weiß es nicht besser. Es muß glauben oder nicht. Und so verliert sich der im Politischen verstrickte Wissenschaftler. Er sucht zuletzt alles, aber keine belastbaren Hypothesen mehr.

Da der Politiker von aller persönlichen Haftung für sein Tun freigestellt ist, schlägt seine Verantwortungsfreiheit auch auf seinen Berater durch. Zum Schaden der Allgemeinheit. Einen Ausweg bietet nur, den Politiker für seine Entscheidungen persönlich haften zu lassen. Mit Rückgriffansprüchen gegen seine Berater. So finden alle wieder in die Realität zurück. Zum Nutzen aller.
